

Mag. Michelle Huber
AHS-Lehrerin am *Bundesgymnasium/Bundesrealgymnasium/
Bundesoberstufenrealgymnasium „Franz Liszt“, 7350 Oberpullendorf*

Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als ich in den Sommerferien die Nachrichten zum neuen LehrerInnendienstrecht hörte, dachte ich, es könne sich nur um ein Missverständnis handeln. Doch bei der Dienststellenversammlung an unserer Schule wurden uns LehrerInnen die Details genauer erklärt und für mich sind einige der geplanten Änderungen absolut nicht nachvollziehbar, da sie mit Sicherheit zu keiner Verbesserung im Bildungssystem beitragen können, sondern eher zu einer Verschlechterung.

Ein Punkt wäre beispielsweise die Streichung des Unterrichtspraktikums. Da mein eigenes Unterrichtspraktikum noch nicht lange zurückliegt, weiß ich, mit welchem Zeit- und Arbeitsaufwand dieses verbunden ist. Abgesehen davon, dass es neben einer vollen Lehrverpflichtung kaum möglich sein wird, die notwendigen Seminare an der PH zu absolvieren, glaube ich, dass man gerade im ersten Jahr in diesem Beruf Zeit braucht, um die gehaltenen Unterrichtsstunden zu reflektieren und daraus zu lernen. Dies wäre bei einer solchen Regelung nicht möglich.

Des Weiteren finde ich es absurd, dass in Zukunft LehrerInnen unabhängig ihrer Ausbildung in verschiedensten Fächern eingesetzt werden können. Ich bin mir sicher, dass die Qualität des Unterrichts sehr darunter leiden würde. Wäre dem nicht so, könnte man sich ja fragen, warum man dann überhaupt ein bestimmtes Fach studieren muss, um LehrerIn zu sein.

Was die Anhebung der Stundenanzahl betrifft, so kann ich mir nicht vorstellen, wie LehrerInnen – vor allem jene, die Fächer unterrichten, in denen Korrekturarbeiten anfallen – dies in Zukunft meistern werden. Bereits jetzt leiden mehr und mehr LehrerInnen durch die teilweise enorme Belastung an psychischen Erschöpfungserscheinungen.

Als letzten Punkt möchte ich hier die Frage stellen, wie man denn bei einem solchen Dienstrecht junge Menschen motivieren wird, den Lehrberuf zu ergreifen?

Ich fordere sie auf, dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht zuzustimmen. Fordern sie ihrerseits die Verhandlungspartner auf, den Entwurf in dem bewährten sozialpartnerschaftlichen Dialog bis zu einer einvernehmlichen Lösung weiter zu verhandeln!

Mit freundlichen Grüßen,

Mag. Michelle Huber